



Brennender Bus während einer von der Awami League organisierten Belagerung des Regierungsviertels am 10. November 1993 (Foto: Ahmed Fazl)

stische Gruppe im nordöstlich gelegenen Sylhet Distrikt hat einen Scheinprozeß gegen Frau Nasreen abgehalten, an dessen Ende sie als Ungläubige bezeichnet und wegen Blasphemie zum Tode verurteilt worden ist. Die 'Sainik Sahaba Parishad' (der islamische Kriegerrat) verlangt ferner von der Regierung, dieses Urteil im Anschluß an eine ordentliche Gerichtsverhandlung zu vollstrecken. Nach einem Zeitungsbericht hat die Gruppe ein Kopfgeld in Höhe von 50.000 Taka (ca. 2.000 DM) geboten. Ein Aufschrei der Empörung durch liberale und säkulare Gruppen führte zwar zu einem Dementi der Gruppe, sie fordert jedoch weiterhin die Verhaftung der 32-jährigen Schriftstellerin. Ihr Haus wird nun fortwährend

durch Polizeikräfte bewacht, da Mordanschläge fanatischer Moslems befürchtet werden.

Die Regierung hat bereits eines der Nasreen Bücher verboten, in dem die Stellung der Hindu-Minorität in der von Moslems dominierten Gesellschaft beschrieben wurde. Während das Buch mit dem Titel 'Lajja' (Schande) bei der Regierung durchgefallen ist, da es die bestehende Harmonie zwischen den Religionen störe, findet es viel Anklang bei den für die Minderheitsrechte einstehenden Gruppen. Die fundamentalistische 'Jamaat-i-Islami' betrachtet das Buch als einen neuerlichen Versuch, Islam und Moslems zu verleumden. Frau Nasreen sieht sich dagegen als das Opfer fanatischer Moslems, weil sie reali-

tätsnahe Gesellschaftsportraits und enthüllende Darstellungen liefert.

'Awami League' Parlamentsabgeordneter zu lebenslanger Haft verurteilt

Der AL-Abgeordnete Hemayetuddin Aurango ist am 14. November wegen Mordes zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden. Das Gericht befand Aurango, damals ein bekannter Aktivist einer Studentenorganisation, für schuldig, im Januar 1980 einen Angestellten des Verteidigungs-Nachrichtendienstes erschossen zu haben. Der Prozeß gegen den lange flüchtigen und erst im Oktober letzten Jahres verhafteten Aurango dauerte ein Jahr.

"Keine Projektumsetzung gegen die Bevölkerung"

von Pamela Metschar und Dieter Reinhardt

Die 'Internationale Kampagne gegen den Flood Action Plan' traf sich Ende Oktober in Berlin mit Vertretern der Weltbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Strittigster Diskussionspunkt bildete die jüngsten Demonstrationen im deutschen Projektgebiet.

Im Mittelpunkt des Seminars, zu dem Vertreter verschiedener Nichtregierungsorganisationen aus den USA, Europa und Bangladesh angereist waren,

stand die Komponente 20 des Flood Action Plans. Dieses Pilotprojekt, das dazu dienen soll, das sog. Kompartimentkonzept zu testen, umschließt zwei Gebiete auf der linken und rechten Brahmaputralseite. Hier werden seit Herbst 1993 Ringdeiche gebaut bzw. ergänzt, um in den darin liegenden Gebieten eine "kontrollierte Wasserbewirtschaftung" zu ermöglichen. Die Bundesregierung und die Niederlande finanzie-

ren das Projekt gemeinsam. In den beiden Projektgebieten leben etwa 250.000 Menschen. Die NRO-Vertreter aus Bangladesh, deren Organisationen teilweise in den Projektgebieten arbeiten, berichteten beim Berliner Treffen von Demonstrationen und Protestveranstaltungen gegen das geplante Projekt. Die Situation scheint sich zuzuspitzen. Bauerfamilien, deren Land enteignet wurde, erhielten von der Verwaltung keine

Die Meinung der Bevölkerung muß respektiert werden

Seit sich Bangladesh in einem Demokratisierungsprozess befindet, besteht die Bevölkerung sehr viel mehr auf der Ausübung ihrer demokratischen Rechte. Sie ist sich heutzutage beispielsweise sehr viel stärker über ihre Fähigkeit, aktiv am Entwicklungsprozess teilzunehmen, bewußt. Das ist der Grund, warum die Bevölkerung nicht zögert, gegen ein Projekt Widerstand zu leisten, das sie für unangemessen hält. Die Menschen sind der festen Überzeugung, daß es ihr demokratisches Recht ist, gegenüber jedem unpassenden Entwicklungsprojekt Widerstand zu leisten und sie glauben auch fest daran, daß sich die Projektpfleger ihre Meinung mit dem gehörigen Respekt anhören werden.

Im Glauben an demokratische Werte, widersetzen sich auch die Bewohner von Tangail dem FAP 20 Kompartimentalisierungs-Projekt, weil sie es für ein falsches Projekt halten. Um ihren Protest deutlich zu machen, demonstrierten am 18. September 1993 zehn bis zwölftausend Menschen, hauptsächlich Frauen, vor dem 'District Commissioner' (DC) und überreichten ihm ein Memorandum. Dieser versprach daraufhin, daß er die Forderungen der Demonstrantinnen an die entsprechende vorgesetzte Stelle weiterleiten würde. Doch noch am selben Tag bezeichnete er in einem Interview die Demonstration als "inszeniert".

Dr. Kinnemann von der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) äußerte auf dem von IAO Network organisierten Treffen in Berlin ebenfalls seine Zweifel an der Demonstration und erwähnte in diesem Zusammenhang die Kopie der englischen Übersetzung des Memorandums. Aufgrund derer erhielt er offensichtlich den Eindruck, jemand hätte der Bevölkerung von Tangail erzählt, daß sich das Projektgebiet in eine Wüste verwandeln würde, sollte FAP 20 wie vorgesehen durchgeführt werden.

Tatsächlich aber erwähnten die Demonstranten unter anderem, daß im Projektgebiet in der Konsequenz mit einer Verringerung der Ernteerträge und der Fischproduktion gerechnet werden müsse. Ebenfalls würde Wasser knapp.

Die Meinung der Bevölkerung von Tangail basiert insbesondere auf ihrer eigenen Erfahrung und es gibt keinen Grund, die Kenntnisse dieser Menschen in Zweifel zu ziehen. Trotzdem wird die Meinung der Bevölkerung von Tangail über das Projekt von den verantwortlichen Stellen, einschließlich der betreffenden Berater und Geberländer, immer noch ignoriert und untergraben.

Das FAP-Management hat sogar Optionen für einfache Entwässerungsmaßnahmen, die von der Bevölkerung bevorzugt wurden, einfach gestrichen, weil sie in der Planung nicht vorgesehen waren.

Ein anderes Beispiel dafür, wie die Ansichten der Bevölkerung ignoriert und ihre Meinungsäußerung verhindert wird, verdeutlichen die Angriffe auf NGOs, die im Projektgebiet arbeiten. In der Nacht vor der Demonstration wurden diese angegriffen und auch die Demonstration selbst wurde von Schlägern attackiert. Obwohl der DC von den Dorfwohnern über die Vorfälle informiert wurde, hat er nichts unternommen, um die Menschen vor den Angriffen zu schützen.

Der Protest der Bevölkerung von Tangail gegen strukturelle Baumaßnahmen ist nicht neu. Schon 1989 gab es eine große Demonstration gegen einen geplanten Deich zur Flutkontrolle im Bezirk Mogra. Dabei handelt es sich um ein Gebiet, das nun außerhalb des FAP 20 Bereichs liegt.

Die Meinung der Bevölkerung von Tangail muß respektiert werden! Sie haben ihre Bedenken deutlich zum Ausdruck gebracht. Sie halten das Projekt weder in ökologischer, noch in ökonomischer oder sozialer Hinsicht für dauerhaft. Und sie haben die Frage nach den demokratischen Spielregeln in dem gesamten Prozess aufgeworfen. Die Menschen von Tangail erwarten, daß ihre Meinung respektiert wird und sie erwarten, daß die betreffenden Entscheidungsträger im FAP 20 ihr Wort halten.

Hamidul Huq, Executive Director, 'Unnayan Shahojogy Team' Dhaka

(Übersetzung: Pamela Metschar)

Kompensationszahlungen. Ingenieure, die bei der lokalen Wasserverwaltung angestellt sind, hätten Schlägertrupps angeheuert, die die DemonstrantInnen bedroht und geschlagen hätten.

Die Vertreter der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Dr. Kinnemann und J. Kreischer, warfen dagegen den im Projektgebiet arbeitenden NROs vor, bewußt Fehlinformationen an die Bevölkerung weiterzugeben. Hintergrund für diesen Vorwurf bildet die englische Übersetzung des in bengalischer Sprache geschriebenen Memorandums, das die DemonstrantInnen dem zuständigen District Commissioner überreicht hatten. Darin würde fälschlicherweise behauptet, daß sich das Projektgebiet durch das geplante Vorhaben in eine "Wüste" verwandeln würde. Immerhin versicherten sie den anwesenden NRO-Vertretern, kein Projekt würde gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung umgesetzt.

Während sich die KfW mit Wortklauereien beschäftigt, haben andere schon längst konkrete Schritte unternommen, um den Vorgängen nachzugehen. Ein Ende Oktober im Vox-Kanal ausgestrahlter Film über den Flood Action Plan belegt beispielsweise auch, daß die Partizipation der lokalen Bevölkerung nicht gegeben ist. 1992 sprach sich die Mehrheit der Bevölkerung bei einer Umfrage nicht für massive Bauvorhaben aus, sondern für die Verbesserung von Entwässerungsanlagen. Diese bekannte Tatsache wird bis heute vollständig ignoriert (siehe 'Südasiens', 3/93).

Und selbst die von der niederländischen Regierung in Auftrag gegebene Studie über den Flood Action Plan kommt bezüglich des Tangail Projektes zu dem Schluß, daß man noch nicht von einer echten Involvierung und Partizipation der Bevölkerung sprechen könne (Netherlands Development Cooperation: Evaluation Report 1993, Flood Action Plan Bangladesh).

Im Mai 1993 hatte im Straßburger Europa-Parlament eine von der Fraktion der Grünen und einigen NROs organisierte Konferenz zum FAP stattgefunden. Das EG-Parlament sprach sich kurze Zeit später in einem Entschließungsantrag dafür aus, erst dann mit Baumaßnahmen zu beginnen, wenn sämtliche Daten über die ökologischen, sozialen und ökonomischen Auswirkungen des Projektes vorliegen. Die EG-Kommission hat daraufhin ihre Gelder für die besonders umstrittene Komponente 3.1 des FAP, das Jamalpur Projekt, erst einmal eingefroren und die Entscheidung über den weiteren Verlauf des Projektes auf 1996 verschoben. Ein Beispiel, dem die anderen Geber folgen sollten.